

Antrag Nr. 23-F-63-0098

GRÜNE, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Unterbringung von Geflüchteten in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.10.2023 -

Antragstext:

Zahlreiche Menschen sind in den letzten Jahren als Geflüchtete nach Wiesbaden gekommen. Ein Großteil von ihnen hat ihre Heimat unfreiwillig und auf beschwerlichen und gefährlichen Wegen verlassen, um Hunger, Terror, Krieg oder der unmittelbaren Bedrohung des eigenen Lebens zu entgehen. Seit dem Russischen Angriffskrieg im Februar 2022 sind es vor allem Ukrainer*innen, die Deutschland erreicht haben.

Seit vielen Jahren gibt es in der Landeshauptstadt die "Wiesbadener Linie", welche die Stadtverordnetenversammlung 2019 noch einmal mit breiter Mehrheit bestätigt hat (Sitzungsvorlage 19-V-50-0006). Kern der "Wiesbadener Linie" sind folgende drei Punkte:

- 1) Die Flüchtlingsproblematik soll in Wiesbaden nicht „politisiert“ werden. Die Unterbringung ist das Geschäft der laufenden Verwaltung.
- 2) Die Unterkünfte für Geflüchtete sollen möglichst dezentral und in allen Stadtteilen geschaffen werden.
- 3) Es soll keine ablehnende Haltung gegenüber den Aufnahmeverfügungen des Landes geben. Soweit wie möglich soll die Verwaltung in Vorleistung bei der Aufnahme treten, weil sich so die Steuerungschancen (z. B. genauer Aufnahmetermin, Größe und Zusammensetzung der Gruppen) verbessern und dadurch eine humane und sozialverträgliche Vorgehensweise gefördert wird.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

- 1) Der Ausschuss unterstreicht die Geltung der "Wiesbadener Linie" bezüglich der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Wie ist die derzeitige Situation bezüglich der Unterbringungskapazität in Wiesbaden?
- 2) Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten wurden zusätzlich seit dem russischen Angriffskrieg geschaffen?
- 3) Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte gibt es aktuell in Wiesbaden? Wie verteilen sie sich auf die Stadtteile?

Antrag Nr. 23-F-63-0098
GRÜNE, SPD, Linke, Volt

- 4) Wie steht es um den aktuellen baulichen Zustand und der Wohnzustand der Gemeinschaftsunterkunft Hans-Bredow-Straße?
- 5) Welche Kosten wären mit einer genehmigungsfähigen Verlängerung der Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft Hans-Bredow-Straße verbunden?

Wiesbaden, 04.10.2023

Karl Braun
Fachsprecher, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Nadine Ruf
Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, DIE LINKE.

Jasper Klos
Fraktionsreferent, DIE LINKE.

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt